

Dr. Maria Flachsbarth

- (A) Der schwach- und mittelradioaktive Müll, den es jetzt in Lubmin gibt, wird ab 2013 zum genehmigten und dann fertigen Endlager Schacht Konrad gebracht, das übrigens in Niedersachsen liegt. Niedersachsen käme aber niemals auf die absurde Idee, zu behaupten, das Endlager nähme nur niedersächsischen Müll auf. Wo kämen wir denn da auch hin?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Für den hochradioaktiven Müll gibt es überhaupt noch kein Endlager. Warum gibt es eigentlich kein Endlager für hochradioaktiven Müll in Deutschland? Das will ich Ihnen sagen: weil die rot-grüne Bundesregierung die Untersuchung eines möglichen Standorts über zehn Jahre lang gestoppt hat. Man hat einfach die Notwendigkeit der Erkundung ignoriert.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch überhaupt nicht! Frank Schwabe [SPD]: Über zehn Jahre? Wie lange hat Rot-Grün regiert?)

Es gibt eben kein Endlagersuchgesetz. Das hat dieses Parlament niemals erreicht. Es gibt keine Benennung von Alternativstandorten. Es gibt aus rot-grüner Zeit noch nicht einmal Gespräche mit den Ländern, um einen solchen Endlagerstandort alternativ zu benennen. Letztendlich hatten Sie auch keine Traute, tatsächlich zu sagen: Gorleben ist nicht geeignet, und wir lassen es mit der Suche dort. Sie haben sich einfach nur vor der Verantwortung weggeduckt.

- (B) (Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch überhaupt nicht! – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 2013 reden wir weiter!)

Ich bin froh, dass Umweltminister Röttgen jetzt Verantwortung übernimmt, dass er einen Dialog mit den Menschen am Standort Gorleben aufnimmt, wo das Erkundungsbergwerk ist, und dass er ihnen weitgehende Rechte in einem völlig transparenten und offenen Dialog zugesagt hat. Es werde eine Steuerungsgruppe für die vorläufige Sicherheitsanalyse, ein zusätzliches Vertrauensgremium, beide hälftig besetzt mit den Vertretern der Bürgerinitiative, gebildet.

Ich glaube, das ist tatsächlich der Weg, der gegangen werden muss. Es ist jetzt endlich Zeit für ein seriöses und zielgerechtes Handeln und nicht für ein unverantwortliches Spiel mit der Sorge und der Angst der Menschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der SPD: Die Grünen jubeln!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

(C)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war zu erwarten, dass es, wenn beim letzten Tagesordnungspunkt einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages zu einem solchen Thema gesprochen wird, etwas hektischer zugeht. Ich habe nur eine Bitte – ich richte sie insbesondere an Herrn Dr. Paul und an Herrn Ahrendt –: Werfen Sie noch einmal einen tiefen Blick in unsere Verfassung, bevor Sie sich das nächste Mal zum Thema Demonstrationsrecht äußern.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christian Ahrendt [FDP]: Sie müssen einmal hören, was Ihnen die Polizisten vor Ort sagen, und das nicht ignorieren! Das sind auch Staatsbürger, Herr Kollege!)

In der Verfassung ist keine Einschränkung des Rechts auf Demonstration für die eigene politische Meinung vorgesehen.

Man muss sich die Frage stellen: Warum haben die Proteste an Stellen zugenommen, an denen in der Tat anscheinend nichts anderes passiert als vor 2009? Diese Frage sollten sich aus meiner Sicht gerade auch die Abgeordneten von Schwarz und Gelb stellen.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Vielleicht, weil man Ängste schüren will! – Michael Kauch [FDP]: Oder die, die zündeln!)

Das hat ja nicht damit etwas zu tun, dass einfach nur eine andere politische Couleur die Mehrheit hat, sondern das hat mit den Taten an dieser Stelle zu tun.

(D)

Sie sollten einmal sowohl mit den protestierenden Bürgerinnen und Bürgern, die sich betroffen fühlen, als auch mit den dort eingesetzten Polizistinnen und Polizisten sprechen, die zusätzlich zu den Mehreinsätzen aufgrund der Terrorwarnungen gigantische Überstunden fahren und froh sind, wenn jemand mit ihnen über diese Einsätze spricht. Sie können das also wirklich gut tun. Diese sprechen davon, dass es hier nicht um eine technische Diskussion, also darum geht, ob Zwischenlager A oder Zwischenlage B besser geeignet ist. Das sind nicht nur örtliche Proteste, nach dem Prinzip „nicht vor meiner Haustür“, sondern die Menschen verbinden mit der seit November 2009 veränderten Politik Ängste, die zu diesen Protesten führen.

Drei Punkte sind zu nennen.

Erstens. Sie haben entschieden, dass mehr hochradioaktiver Müll entsteht. Das heißt, diese Transporte werden in Zukunft weitergehen, und sie werden eines Tages in vermehrtem Maße auch zwischen den Zwischenlagern und dem Endlager stattfinden. Das heißt, Sie haben für ein Mehr an Transport und damit für ein Mehr an potenzieller Gefahr gesorgt.

(Dr. Michael Paul [CDU/CSU]: Ein Endlager brauchen wir so oder so!)

Zweitens. Es gibt keine Bürgerbeteiligung. Frau Flachsbarth, zur Bürgerbeteiligung: Sie haben ja gemerkt, dass sich die Bürgerinitiativen in Gorleben nicht

Ulrich Kelber

- (A) mit dem Bundesumweltminister treffen wollten. Ob sie damit gut beraten waren, muss man wahrscheinlich aus Sicht der jeweiligen politischen Couleur entscheiden.

Aber warum wollten sie das denn nicht? Sie haben gesagt: Erstens ist die Entscheidung schon getroffen worden, und erst danach sollte mit uns gesprochen werden? Zweitens hat man sich entschieden, dass jede Bürgerinformation nur ein freiwilliger, zurücknehmbarer Akt ist. Man hätte die vorhandenen Rechtsinstrumente für eine juristisch überprüfbare, echte Bürgerbeteiligung einsetzen können,

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das findet doch statt! Das wissen Sie doch!)

entweder nach dem Atomrecht oder nach dem seit 1991 gültigen aktuellen Bergrecht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man hat sich aber dafür entschieden, ein 1983 aufgegebenes Verfahren erneut zu verwenden, um keine Bürgerbeteiligung durchzuführen zu müssen.

(Frank Schwabe [SPD]: So einfach ist das! – Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Es wird doch nicht dadurch besser, dass Sie das immer wieder falsch wiederholen!)

Es hat auch keinen gesellschaftlichen Diskurs gegeben.

- (B) Drittens. Die Wahrheit stirbt, wenn der Atom Müll kommt. Auch das haben die Menschen erlebt. Das gilt für Morsleben, das gilt für die Asse, und das gilt für Gorleben,

(Christian Ahrendt [FDP]: Die Wahrheit stirbt, wenn die SPD regiert!)

wo geschummelt, gelogen und vertuscht wurde. Natürlich haben die Menschen kein Vertrauen, weil für Lubmin jetzt jemand zuständig ist, der schon bei der Asse dafür verantwortlich war, dass zum Beispiel Atomwülfässer falsch deklariert wurden. Das kann man, denke ich, gut verstehen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kauch und Frau Flachsbarth, ich möchte gerne auf Sie eingehen, wobei ich normalerweise die Streitigkeiten zwischen den Rändern des Parlaments nicht kommentiere. Aber Sie haben das Thema Morsleben angesprochen und gesagt, das sei damals in der SED-Zeit eingerichtet worden. Sie wissen aber schon, dass die Bundeskanzlerin, die Sie durch Ihre Koalition unterstützen, als Umweltministerin gegen den Rat der Fachleute aus dem eigenen Ministerium für die weitere Einlagerung von Atomwülf in Morsleben votiert hat. Das haben Sie mitbekommen? Sonst schicke ich Ihnen den Vorgang gerne noch einmal zu.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und zwar westdeutsch!)

Letzter Punkt. Rot-Grün hat kein Endlager gesucht. Dass es einen Endlagersuchprozess gegeben hat, den AkEnd, wissen Sie natürlich. Sie sind in dieser Zeit ja dafür bezahlt worden, in der Opposition aufzupassen. (C)

Was Sie vielleicht nicht wissen – das sage ich Ihnen von Nordrhein-Westfale zu Nordrhein-Westfale; wir wohnen nicht in dem Bundesland –:

(Otto Fricke [FDP]: Bonner!)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg, Schwarz-Gelb – noch, bis März –, hat gegenüber der Schweiz darauf bestanden, dass diese ihr Endlager unter den Kriterien sucht, die die rot-grüne Bundesregierung in der Zeit bis 2005 entwickelt hat.

Also lernen Sie einmal von Ihren Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg. Dann würden Sie etwas schlauer daherreden.

Vielen Dank. Frohe Weihnachten und guten Rutsch!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Georg Nüßlein für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Dass wir in der letzten Debatte in diesem Jahr über einen Akt linker Propaganda diskutieren müssen, ist etwas, was mich ärgert, was mich aufregt. Herr Lenkert, wenn Sie jetzt so lachen, sage ich Ihnen ganz offen: Das, was Sie vorgetragen haben, meine ich an dieser Stelle nicht. Das war schlicht und schlank Dummheit. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Vorsicht!)

Das, was Sie hier vorgetragen haben, war technisch so unhaltbar, dass ich mich angesichts Ihrer Berufsbezeichnung als Techniker schon wundere, wie Sie auf solche absurden technischen Zusammenhänge und Spekulationen kommen.

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Bis jetzt haben Sie noch nichts belegt! Bis jetzt haben Sie nur behauptet! – Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Jedes Auto ist besser getestet!)

Ich nehme an, dass die Mehrheit derjenigen, die auf der linken Seite sitzen, sehr genau weiß, dass das Thema Endlager in Lubmin überhaupt kein Thema ist, und dass es Ihnen nur darum geht, unredlich, unverantwortlich und unanständig Angst zu schüren und für Sie Propaganda zu machen.

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Sie liefern den Grund! Die Angst ist da! Die schüren wir nicht!)

Es gibt noch einen anderen Punkt in Ihrer Rede – wenn Sie mich an dieser Stelle so gehen –, der mich